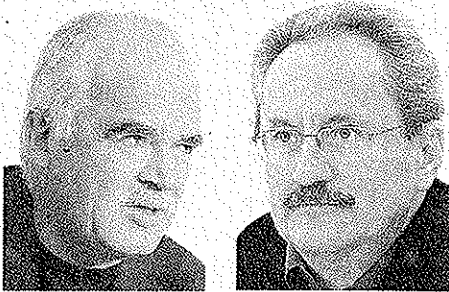


DONNERSTAGSKOLUMNE

Briefwechsel



zwischen
Peter Gauweiler und Christian Ude

Karwochen-Depression

Christian Ude (SPD) und Peter Gauweiler (CSU)
liefern sich jeden Donnerstag an dieser Stelle einen
Schlagabtausch. Heute: Peter Gauweiler.

Lieber Christian,

nach der Lektüre Deines letzten Briefs bekam ich meine Karwochen-Depression: „... und ging hinaus und weinte bitterlich.“ Mein Freund, ich kenne Dich nicht mehr – Christian Ude versteckt sich hinter einem Aktenhund aus der Ausländerbehörde. Was da von Deinem Amt gezaubert wurde, um den hoheitlichen Stillstand in Sachen „Einwanderung in die Sozialsysteme“ zu rechtfertigen und dabei auch noch gut dazustehen, ist bemerkenswert. Weil die Abwehr von „Unionsbürgern“, die nur nach Deutschland reisen, um hier soziale Leistungen in Anspruch zu nehmen, für die Ämter so furchtbar schwer ist, „macht die Durchsetzung der Ausreisepflicht in diesen Fällen keinen Sinn“. Da schau her!

Wenn das so ist, solltest Du diesen Teil des zuständigen Behördenapparats auflösen. Man sollte keine Verwaltungsaktivität vorläuschen, wo es keine gibt. Zu meiner Forderung, keine Aufenthaltserlaubnis bzw. keine Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis ohne gesicherten Lebensunterhalt, schreibt Dein „Amt“, dies sei „bereits bestehendes Recht“. Ach ja? Warum haben dann 40 Prozent der Sozialhilfe-

empfänger einen „Migrationshintergrund“? Und warum wird dieses „bestehende Recht“ vor lauter Ausnahmen kaum noch angewandt? Weil „die Prognose gerichtlich überprüfbar ist“ (so Deine Stellungnahme). Seit wann ist die gerichtliche Überprüfung eines Verwaltungsaktes Anlass für Ämter, die Verwaltung einzustellen? Die Sicherung des Lebensunterhalts als Aufenthaltsvoraussetzung ist nach der offiziellen Gesetzesbegründung des neuen Aufenthaltsgesetzes „die wichtigste Voraussetzung“, um eine Inanspruchnahme öffentlicher Mittel zu verhindern.

Wenn der Vollzug dieser Vorschrift aber ins Leere geht, liegt es entweder an der Qualität der behördlichen Prognosen oder der Bestimmtheit des Gesetzes. Dann muss erst recht gehandelt werden. Dann bist auch Du dran, alter Kumpel: Als Präsident des Deutschen Städtetags und als Oberbürgermeister der größten deutschen Kommune. Ich meine, dass jemand, der seine Familie bei uns einreisen lassen will, zuvor Klarheit geschaffen haben muss, wie er und die Seinen den Familienunterhalt sichern. Und er darf diese Pflicht nicht auf gut Glück den deutschen Sozialkassen überlassen. Warum

soll dem der „gefeierte Fall der Grenzen Europas“ (Ude) entgegenstehen und der Artikel 8 der europäischen Menschenrechtskonvention?

Alle unsere Nachbarländer – rings um Deutschland herum – haben viel strengere Vorgaben an die Sozialhilfe für ausländische Familiennachzügler: Für Frankreich, die Benelux-Länder, das Königreich Dänemark, Polen, die tschechische und die österreichische Republik und die Schweizerische Eidgenossenschaft gilt die europäische Menschenrechtskonvention doch auch! Sag bitte nicht mehr, dass Du „die Einwanderung in die Sozialsysteme“ auch für ein Problem hältst, wenn Du auf von Dir ausdrücklich erbetene Lösungsvorschläge nur mit galligen Spitzen à la „... wo Euch die Familie doch besonders heilig ist“ reagieren willst. Heilig ist mir vor allem der Heilige Geist (der uns ja auch vor bösen Gedanken schützen soll), und die Familie ist mir wichtig und sehr wertvoll (wenn es sich nicht gerade um ein Privat-Guantanamo von irgendwelchen aus- oder inländischen Familientyrannen handelt – das gibt es ja auch).

Aber dieser Wert, der für alle Menschen auf dem Planeten Erde gilt, kann doch nicht dazu führen, einen Zahlungsanspruch an die (auch nach Deiner Meinung) extrem überlasteten deutschen Sozialkassen auszulösen, sofern man nur mit irgendjemand in Deutschland in familiärer Nachzugs-Verbindung steht (selbst wenn dessen Aufenthalt illegal ist). Noch mal: Keines unserer europäischen Nachbarländer hält einen solchen Anspruch aus der europäischen Menschenrechtskonvention für geboten. Den Hilfslosigkeits-Vogel schießt Dein Behörden-Vermerk mit der Bemerkung ab, dass „zu einer Entlastung der Sozialsysteme“ eine „angemessene Entlohnung“ beitragen könne. Das wäre in der Tat die beste Lösung, nach dem Motto: „Lieber reich und gesund als arm und krank.“ Dann brauchen wir überhaupt keine Sozialsysteme mehr.

Irgendwie habe ich den Verdacht, dass Du nur schnell in die Osterferien wegdüsen wolltest und mir Deinen Beamten-Sermon zum Abnagen dagelassen hast – wie Spielzeug für Deine Hauskatzen. Aber das ist eine Spekulation. Ein Kerl, der spekuliert – sagt Goethe –, sei „wie ein Tier, auf dürrer Heide/Von einem bösen Geist im Kreis herumgeführt./Und ringsumher liegt schöne, grüne Weide“.

Ich will aber nicht sauer sein. Wir können etwas tun für Europa, ohne deshalb gleich zu Unmenschen zu werden. Ich will auch nicht, dass wir „entschlossen aneinander vorbeischieben“. Aber wenn die Verwaltung einen Missbrauch „in wahrscheinlich sehr zahlreichen Einzelfällen“ (Ude) bisher nicht verhindern kann, dann musst Du uns alle wissen lassen, wie Du diesen Missstand unterbinden willst. Aussprechen heilt, und Politik ist das Bohren dicker Bretter. Dafür sind wir da.

Trotzdem – Schluss damit! Wir sind in der Karwoche, was unserer Lage ja irgendwie entspricht: noch nicht im vollen Licht zu stehen – aber doch vertrauensvoll darauf zuzugehen.

Viel Spaß bei diesem Oster-spaziergang und ein schönes griechisch-orthodoxes Osterfest wünscht Dir

Dein Peter Gauweiler